

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
11 (1897)**

52 (3.3.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-259961](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-259961)

# Vordentliches Volksblatt

Organ für die Interessen des werkhätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Vordentliches Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem und ersten Feiertagen. — Abonnementspreis für einen Monat (inkl. Beilage) 60 Pf.; für drei Monate 1,40 M., monatlich 70 Pf. zzgl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition: **Sant, Neue Wilhelmshauer Straße 38.** Telefon: **Amich 11 Nr. 58.**

Interate werden die fünfgehaltene Corporeale oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schmierige Sub nach höherem Tarif. — Interate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Interate werden früher erbeten.

Nr. 52.

Sant, Mittwoch den 3. März 1897.

11. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

186. Sitzung vom 26. Februar.

Schmidt hat die Beratung des Etats der Reichsanstalten fortgesetzt bei den Einnahmen. **Abg. Bredt (Soz.)** legt erneut die Einführung von Kilometerzöllen in Eisenbahnen an. Der Reichsanwalt Wackerstein meinte, daß viel Widerstand mit diesen Kilometerzöllen getrieben werden könnte, aber wenn dieser schließlich richtig wäre, müßte man schließlich auch die Einnahmen von Eisen und Zinnern verlieren. Ebenfalls meinte er, daß die Arbeiter, daß kein Fortschritt haben können würden.

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den Ausgaben bemerkt **Abg. Bredt (Soz.)**: Die Eisenbahnverwaltung trägt ein Hauptgewicht und sehr viel an die Rücklage der Bevölkerung. Zum Teil rühren die Rücklage aus der Veranlassung mit Bezug auf die den postulierten Postämtern auch nach Urtis gebildet hat. Im vorigen Jahre habe ich schon auf das ungenügende Verwaltungsverfahren hingewiesen. Sobald ein bester Zustand zu erlangen ist, werden die Verwaltungen nicht mehr, und nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten, werden für die dritte Klasse bezahlt haben, werden in Güter oder gar in Eisenbahnen befördert. Jetzt will man mich sagen die vierte Klasse befördern, aber wir werden nicht darauf und überlassen sie lieber Frauen. Das Personal ist auch nicht genügend, und wird in Folge dessen vielfach überfordert. Auf den Bahnhöfen befinden sich zwei große Gebäude, die keine Veranlassung haben, während die alte Baracke aus französischer Zeit. Es ist wirklich ein Wunder, daß nicht täglich Unglücksfälle eintreten. Herr von Stamm, der sonst immer viel Achtung aus dem Reichstag hat, sagt, daß diese Achtung selber nicht besteht, er hat sich nicht über die Sache zu äußern lassen, die ihm gar nicht gebührt, aber daß ein Gegenstandsvorstand hat. **Abg. Bredt (Soz.)** hat auch noch viel weiter gegangen, als die „Frankt. Ztg.“ Diese hatte nur geschrieben, daß meine Veranlassung, mein Wissen die betreffenden Gelehrte abgelehnt, während der **Abg. Bredt** mich persönlich die Sache vor sich gelegt hat. Es handelt sich aber um durchaus unannehme Beziehungen.

Auf eine weitere Anfrage des **Abg. Bredt (Soz.)** erwidert Eisenbahnminister Thielien, er habe zwar noch keinen Anlaß mehr, dem **Abg. Bredt** zu antworten, ist aber die künftigen Angaben der Verwaltung in Abhängigkeit, aber er möge doch konstatieren, daß die Prüfung, die früher für Reichsministerien bestand, die Maßnahmen-Anforderungen werden wollen, abgelehnt ist. **Abg. Bredt (Soz.)** wünscht zu einem weiteren Ziel eine Resolution, die Kommissariat in Bezug auf ihre Arbeitszeit, Arbeitsplätze und Entlohnung, und die Übertragung der Eisenbahngeschäfte mit den Eisenbahnen Beamten der Reichsanstalt, namentlich in Bezug auf die Eisenbahnen, und daß diese Beamten sehr angestrent. Die Eisenbahngeschäfte müßten auch oft genug als Eisenbahnen fungieren, würden aber nur selten aus Eisenbahnen bestehen. Eisenbahnminister Thielien erwidert, bei einer Klärung der Eisenbahngeschäfte handelt es sich nur um einen Durchgangspunkt zu höheren Stellen, daraus ergibt sich über die Veranlassung von Eisenbahnen. Die Eisenbahngeschäfte können überhaupt aufgegeben werden. Bei den Eisenbahnen müßten nach viel niedrigeren Gehältern gestellt überfordert der Beamten sei nicht werden.

**Abg. Hammacher (Nat.)** nimmt sich ebenfalls der Eisenbahngeschäfte an. **Abg. Werner (Nat.)** führt aus, daß die Eisenbahnminister sich anderen Beamtenkategorien gegenüber benachteiligt hätten. Die Arbeiter müßten sich die Eisenbahngeschäfte leisten können, und die Eisenbahngeschäfte sollten ihnen vorkommen. Die Eisenbahngeschäfte sollten ihnen vorkommen, und die Eisenbahngeschäfte sollten ihnen vorkommen.

Eisenbahnminister Thielien erwidert, daß durch die Veranlassung der Eisenbahnen in der Verwaltung eingetrennt seien. Im Gegensatz, die Beamten müßten sich selber als in tatsächlicher Zeit und aus diesen Stellen sein. Die Eisenbahngeschäfte sollten ihnen vorkommen, und die Eisenbahngeschäfte sollten ihnen vorkommen.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

**Abg. Bredt (Soz.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe. **Abg. Werner (Nat.)** bemerkt, daß er bei der Beratung der Eisenbahngeschäfte nicht von persönlichen, sondern nur von sachlichen Differenzen zwischen dem Reichstag und dem Reichsversicherungsamt gesprochen habe.

Margarine noch nicht einmal einig werden. Gleich in der ersten Sitzung der Kommission, welcher die Anfrage überwiegen sind, hat der konföderale Abgeordnete Petrich mehrere Änderungsanträge eingebracht. Der erste zeigt, daß der Glaube an das alleinigmächtige Tinetlambioanobengel im Schwanden begriffen ist. Der Antrag will auf je 100 Kilogramm Margarine 1 Gramm des Mittels mit dem langen Namen zugeben, dem Bundesrat aber freistellen, die Anwendung eines anderen geeigneteren Mittels anzuordnen. Der Antragsteller will ferner das Gesetz um eine Ertragsbestimmung für den Bereichern, der die Margarine ohne den langnamigen Zusatz hergestellt, selbst ab oder aus dem Ausland einführt. Und endlich verlangt er, daß in industriellen Gegenden, wo ein erheblicher Verbrauch von Margarine stattfindet, die Bestimmung über die Trennung der Verkaufsstämme durch die obere Verwaltungsbehörde auch für Orte mit weniger als 5000 Einwohnern in Kraft gesetzt werde. Dieser letzte Antrag ist lehrreich für die Regierung. Der Agrarier einen Finger hält, ist gewärtig, sobald seine ganze Hand in ihren Händen zu sehen, und wer ihnen die Hand reicht, ergreift sich ihnen mit Leib und Seele.

Ein neues Vereinsgesetz für Preußen — wird jetzt auch in den offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ in Aussicht gestellt. Es heißt: Eine Änderung des preussischen Vereinsgesetzes werde bekanntlich zur Erfüllung der Forderung notwendig, welche der Reichstag in Bezug auf die Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine im Wege der Landesgesetzgebung im vorigen Sommer gegeben hat. Das ist jedoch nicht lediglich mit der Aufhebung dieses Verbots sein Bemühen haben wird, dürfte schon jetzt als sicher angenommen werden. Einige andere Bestimmungen des geltenden Gesetzes seien „so vollkommen veraltet und unhaltbar“, daß man nicht die „feindliche“ Hand an das Vereins- und Verfallensgesetz gelegt werden soll, daran gar nicht vorbeizugehen werden können. Schon deshalb erwidere es auch ausgeschlossen, daß ein etwaiger Verdring, sich lediglich auf die Aufhebung des Verbindungsverbotes zu beschränken, die Zustimmung der getragenden Faktoren finden würde. „Wie weit in der Änderung des bestehenden Vereins- und Verfallensgesetzes zu gehen sein wird, hängt von verschiedenen Umständen ab. Das, was von Staatsbündnisse der Staatsverhältnisse wünschenswert ist, bildet den einen, die Erreichbarkeit den andern Teil. Auch sprechen Nachrichten der allgemeinen Politik des Reiches wie Preußens ein gewichtiges Wort mit. Alle

## Die Rückkehr von Mekka.

Wieder aus dem orientalischen Volkstoben von F. Kauer. (Nacht. verboten.)

Abraham hatte inzwischen am Almedan, dem byzantinischen Hippodrom, ein Café angelegt, das sehr beliebt war. Jeder entschuldigte sich jetzt für den Fortschritt des Tages, der auch das Rauchen, das Schnupfen, den Geruch eines Glases Wassers, von etwas Obst usw. streng ausstieß, der den Strenggläubigen loger veranlaßt, den Geruch einer Blume zu vermeiden und den eigenen Speichel nicht zu verschlucken. — Die Nacht wird nun zum Tage gemacht, die Straßen, Gassen und Plätze, die Kuppeln der Moscheen und die Epigen und Galerien der Moscheenbäume — der Minarets — werden nach und nach erleuchtet, bis über die weitestgehende Helligkeit auf der europäischen und asiatischen Seite ein ungeheures Meer von Lichtern erregt.

Der Ramadan mit seinem neunundzwanzigstägigen Fasten bringt eine wahre Umwälzung des gewöhnlichen Ganges der Dinge hervor; denn während der übrigen Monate flucht schon um zwölf Uhr tüchtig. Zeit — also mit Sonnenuntergang — jeder Verkehr in den türkischen Quartieren. Dann sind die Straßen still und einsam, und die Wandlärner aus Paris wird dem nächsten Wanderer unentbehrlich. Insofern verhalten die Herren der Dämte die Massen des Unkrauts der Hauptstadt bei nächster Weile und machen sich so in die sanitären Verhältnisse verdient, als der Polizei-

pulcha oder der Minister der öffentlichen Gesundheitspflege.

Während des Ramadan-Schreits bleiben die mittleren und höheren Schichten der orientalischen Gesellschaft bis in die finstere Nacht geteilt beisammen; die unteren Volksschichten aber müssen an die Luft der Tagelöhner denken, die ihnen der Ramadan doppelt schwer macht. Trotzdem ist natürlich das Menschenmahl in den provisorisch erleuchteten Straßen in den ersten Stunden nach Sonnenuntergang ein ganz ungewöhnliches; allein niemals wird es beängstigend, da Anstand, Gleichmuth und Ehrenhaftigkeit vorherrschende Grundzüge des Volkcharakters sind, Grundzüge, die man in den unteren Volksschichten ganz allgemein vorfindet, vorausgesetzt, daß förmlicher Einfluß nicht fortwährend eingewirkt hat.

Zu Ibrahim hatte sich vor dem Café Suleiman gesellt und sie trauten sich mit den anderen Gästen des Kamehdichs, der prächtigen Illumination. Besonders herrlich erschienen die feurig glänzenden Koranpfeiler, moan jede Moschee in der Nähe des Cafés einen aufzuwachen hatte. Diese Sprüche sogen sich wieimmernde Sterngruppen von Minaret zu Minaret und erweckten aus einiger Entfernung den Eindruck, als seien sie geheimnisvolle, in das Firmament geschriebene Zeichen, während die hell erleuchteten Galerien der Moscheenbäume, wie von der Erde losgehört und als Himmelsleiter am Himmelsgewölbe hängend, erschienen.

Nach und nach war der Raum in und vor

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In der Margarinefrage können sich selbst die Freunde einer härteren Beibringung der dem Café überfällt, Alles rücte mit den Schemeln zusammen, um neu Hingutommenen Platz zu schaffen, und Ibrahim und sein Sohn befanden sich bald in einem Kreise von Nemas, Radis, Kautis, Mueddinen, Jannem, Mollas Soitas, unter ihnen befanden sich bekannte Mitglieder gerichtlicher und religiöser Körperschaften, Rechts- und Gottesgelehrte, Richter und Gesetzesanwender, verschiedene Gelehrter, Moscheeherrn und Studenten der Rechts- und Religionswissenschaft.

Die Unterhaltung drehte sich um öffentliche Angelegenheiten und floß schnell von dem einen zum anderen Gegenstande. Einige behaupteten, den Scheich-ul-Islam, das Oberhaupt der Uemas, während des großen Gebetes in der Aua Sophia gesehen zu haben. Oufen, ein Kautis, behauptete mit zusammengetrübten, beobachtenden Augen, daß ihr gemeinschaftlicher Chef nur eine Stellung neben, nicht aber über dem Großvezir des Reiches, dem Ministerpräsidenten, habe, da der Scheich-ul-Islam die Geetze und den Koran in jeder Instanz auslege, und von seinen Entscheidungen doch schließlich Alles abhängig sei oder wenigstens sein sollte.

Suleiman aber hörte nur mit halbem Ohre auf diese bürokratischen Auseinandersetzungen und begrüßte seinen Freund Abdallah, einen Mueddin, zu dessen Beruf es gehörte, hoch von der Galerie des Minarets herunter die Gläubigen sein Jamal am Tage und juweilen auch des Radis zum Gebet zu rufen mit den Worten: „Gott ist der Höchste; ich bezeuge, daß kein Gott ist

außer Allah; ich bezeuge, daß Mohammed der Gesandte Gottes ist. Kommt zum Gebet, kommt zum Gottesdienst! Gott ist der Höchste; es ist kein Gott außer Allah.“

Dit hatte Suleiman den wohlwollenden, feierlichen Gelangskrit Abdallahs vernommen und nach den Gebetszeiten ohne ihr seine Tageseintheilung vorgenommen. Sie plauderten wie gute, alte Bekannte und Suleiman fragte den Mueddin, ob ihm hoch oben auf der Galerie nicht zuweilen die Befürchtung komme, daß die entsetzlich schlanke Thurmstange umschlagen werde.

Abdallah erwiderte, daß ihm anfänglich der Blick in die Tiefe schauerlich gewesen sei; allein er habe sich jetzt vollständig daran gewöhnt. Es gäbe Minarets, zu deren drittem transformigen Balken zweihunderttündig Stufen hinaufgeführt. Das sei allerdings eine beträchtliche Höhe ohne die Epige, welche etwa ein Fünftel der Gesamthöhe ausmache; aber die Minarets seien nicht nur gerad, sondern auch solid und überaus künstlich aufgeführt, um ihrem Zweck bequeme und dauernd entsprechen zu können. Im Innern eines Minarets würden sich zuweilen drei Treppen so ineinander, daß drei Personen zugleich hinauf- und drei hinabsteigen könnten. Allerdings liege Alles tief und sei unmittelbar zu den Füßen des Herabstehenden, aber ihm sei dieser Anblick nicht mehr schrecklich auf die Marmortreppen und Fontänen, auf die Armeischen und Moscheehäuser, die Wäber und andere zur Moschee gehörende Gebäude; jetzt sei ihm der Anblick sogar Bedürfnis geworden. (F. f.)

diese Momente bedingen eine überaus sorgsame Abwägung im Ganzen wie im Einzelnen, und es liegt bei der jetzigen gesellschaftlichen Lage des Landes, welche jeder neuen Befähigung für die Zeit bis Ostern überdauern, gar kein Anlaß vor, diese Abwägung nicht in aller Eile und mit größter Sorgfalt vorzunehmen. Im Vorwege selbst ist man durchaus damit einverstanden, wenn die Koalition zum Vereinsgesetz erst nach Ostern eingebracht wird. — Jedenfalls wird dieses neue Werk der „Staatsräuber“ an reaktionärer Tendenz nichts zu wünschen übrig lassen.

**Gar traurig** Ansehen über die Stellung der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie finden in manchen Kreisen von Professoren und Unternehmern. Eine vollständige Unkenntnis der Triebkräfte für die Handlungsweise der Arbeiter führt bei zu den wunderfamen Schlüssen. Können diese sich bei den Unternehmern noch einigermaßen erklären durch den Egoismus, den ihr eigenes wirtschaftliches Interesse auf ihre Anschauungen ausübt, so werden sie bei den Professoren einfach unverständlich. Aber die Klassenpsychologie ist auch ihnen ein Buch mit sieben Siegeln. Das ist schon eine schier ungläubliche Tatsache, daß sich das Hamburger Unternehmertum gegenwärtig dem Sozialdemokraten als Feind entgegenstellt. Aber die Klassenpsychologie ist auch ihnen ein Buch mit sieben Siegeln. Das ist schon eine schier ungläubliche Tatsache, daß sich das Hamburger Unternehmertum gegenwärtig dem Sozialdemokraten als Feind entgegenstellt. Aber die Klassenpsychologie ist auch ihnen ein Buch mit sieben Siegeln. Das ist schon eine schier ungläubliche Tatsache, daß sich das Hamburger Unternehmertum gegenwärtig dem Sozialdemokraten als Feind entgegenstellt.

des Bescheidenden und nach seiner eigenen Logik müßte er ausgeschlossen werden und mit ihm alle Wahlberechtigten auf der rechten. Diese Gesellschaft hat wahrhaftig am wenigsten Ursache, als Verfallungsstiftung sich aufzuführen. Der Mann, der seine Zeit verkehrt, ist der Schulrat Kallen in Düren. Er hat die verschiedenen Erträge über die Wilhelm-Gesamtergebnisse augenfällig folgende Anordnung: „An die Lehrpersonen meines Aufstufungsbezirks. Gemäß Anordnung der königl. Regierung ist sofort nach Bekanntwerden des Gegenwärtigen bis zum 20. n. M. die gesamte Zeit für den Gehaltsunterstützung angelegte Stundenanzahl ausschließlich auf die Behandlung Wilhelm des Großen und seiner Zeit zu verwenden. Während es dabei für die Mittelstufe wesentlich auf die Vorführung seiner vorerwähnten Persönlichkeiten, einzelner Charakterszüge und Taten ankommt, müssen die Kinder der Oberstufe ein geschlossenes Bild seiner gesamten großartigen Tätigkeit in Krieg und Frieden erhalten. Im Anschluß an den Geschichtsunterricht hat der Vortragsunterricht vorzugsweise waterländische, besonders auf Wilhelm den Großen bezügliche Vorfälle zu verarbeiten. Dem Geschichtsunterricht liegt die Aufgabe ob, ohne Saunen die zur Verlesung der Schulfeier vom 22. n. M. und der am 23. n. M. zu treffenden Veranstaltungen geeigneten Vorträge einzubringen. — Hoffentlich werden die Lehrer nicht veräumen, bei diesem „Geschichtsunterricht“ namentlich folgender Epochen aus dem Leben Wilhelm des Großen“ eingehend Erwähnung zu thun: Die Stellung des Prinzen von Preußen vor und während der 48er Bewegung; die „Reise nach England“; die Thronbesteigung im Jahre 1871 in Baden unter besonderer Berücksichtigung der Kapitulation von Saargemünd und der handelsrechtlichen Erfolge; die Konstitution; die Stellungnahme zu den Vorlesungen, welche nicht im Widerspruch stehen mit dem „geschlossenen Bild“ gehören diese Dinge gewiß, und die Geschichtswissenschaft soll ja objektiv sein. Das will gewiß auch der Schulrat Kallen, der natürlich bei seiner Anordnung nur von pädagogischen Gesichtspunkten ausgeht und Nebenabsichten durchaus nicht hat.

**Ans der antipolnischen Versammlung** in Paris des preussischen Ministers des Inneren, die darin besteht, die Versammlungen zu verbieten, wenn sie von Polizeibeamten zur Verfügung steht. Der polnische Vertreter, sieht die „Frankf. Jg.“ folgende Konsequenzen: „Genau so gut könnte man Karlsrufer vorsehen, sobald ein Redner einen fremdsprachigen Ausdruck, ein Zitat braucht, das der Beamte nicht versteht, oder sobald der Vortrag überhaupt über das Verständnis des Beamten hinausgeht — was auch vollkommen ist. Und welche Konsequenzen würde gar die Auffassung des Ministers haben, wenn man daran denkt, daß doch auch eine ganze Reihe fremdsprachiger, namentlich polnischer Zeitungen in Deutschland erscheinen. Wie, wenn man in den betreffenden Bezirken kein Beamter vorhanden ist, der das Nichtverstehen einer solchen Zeitung zu lesen vermag, und so die Uebersetzung dieser Presse unmöglich ist? Soll dann vielleicht auch die Herausgabe solcher Blätter verboten sein? Das Beispiel zeigt zur Genüge die Ungeheuerlichkeit des ministeriellen Standpunktes, der behördliches Verbot an die Stelle von Recht und Gesetz setzen würde; denn in dem Verbot der Behörden würde es ja liegen, ob sie geeignete Aufstufungsbeamte in die richtigen Stellen bringen will oder nicht. Auch das ganze wirtschaftliche Leben würde nach der Logik des Ministers behördlicher Willkür preisgegeben werden können; so z. B. könnten ganze Geschäftsbetriebe unterlag werden, wenn es an Polizeikräften fehlte, um sie zu überwachen, ob sie den gemerberechtlichen Vorschriften entsprechen, und dergleichen mehr.“

**Chester** Ungarn. Wien, 27. Febr. Das rote Reichenzeig. Eine Stadt wäre unier! schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“. Wie sie sich trotz rührender dieser Hochburg des deutschen Bürgerthums, sich dort als souveräne Herren fühlten, und nun ist diese Wette der Bau geistig in die Hände der internationalen Sozialdemokratie gefallen. Von den 62 Wahlmännern, die Reichzenig wählte, haben die Arbeiter in ersten Anstrich fünfzig erobert, und in der einen Sektion kommen sie in eine höchst günstige Stichwahl. Sie haben sich alle gegen sich verbündet, die sich sonst auf das Grimmigste hassen und befeinden; das deutsch-nationale Stadtr Regiment hat den demütigenden Liberalen nicht gesteht, um den Erfolg der Arbeiter zu vereiteln. Vergebens! In der Stadt, wo das mächtigste und eigenmächtigste Unternehmertum herrscht, wo eine geschlossene Organisation der Industriellen die Arbeiter aus dem Grimmigste beknüpft, sind die organisierten Arbeiter siegreich geblieben, haben sie durch eigene Kraft trotz aller Tücken des Wahlrechts den Sieg über die Wohlgeometrie der Sektionen, allen Bedrohungen und Anfeindungen zum Troz haben die sozialdemokratischen Arbeiter den Sieg um ihr rothes Panier gehiebt.

**Frankreich.** Paris, 26. Februar. In der Kammer wurde die Debatte über die Interpellation Ballant betr. die Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit, fortgesetzt. Nachdem noch mehrere Sozialisten gesprochen und reichhaltiges Material über diesen Gegenstand beigebracht, ergriff der Minister Rouger das Wort, um die Welt durch die Arbeiter, wie die Industriellen, über die soziale Lage zu berichten. Die linke Debatte um so eiliger, eine Debatte, die sich zu bringen, bei der sie so unangenehm Schluss zu ziehen bekommen, und gesunde Wahrheiten zu hören bekommen, so drückten sie einen Antrag auf Schluss der Debatte durch. Der Antrag unserer Genossen, eine Kommission von Gewerkschaftsmitgliedern und von Abgeordneten einzusetzen, welche Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit anzustellen soll, wurde abgelehnt. Dagegen wurde die Regierung aufgefordert, einen „offiziellen Bericht“ über diesen Gegenstand abzugeben. — Wie solche Berichte ausfallen, weiß man ja auch in Deutschland.

**Paris, 27. Febr.** Der Panama-Skandal ist durch ein neues Verfahren gegen Acton wieder in Erinnerung gebracht worden. Dieser Hauptgänger erschien, wie wir bereits kurz gemeldet, am Donnerstag vor den Pariser Geschworenen in der Besetzung Angelegenheit des Abg. Sans Veroy, gegen deren er in contumaciam zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, während der Abgeordnete nicht betreten wurde, sondern die Angeordneten nicht betreten habe, sondern nur verurteilt habe, ihn zu bestrafen. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des Barons Meinold, in dem dieser mittheilte, daß er am Cornelius Drey 1300000 Francs gelandt habe. Damit Acton für zu Besetzungen vertheilt. Acton erklärte, mehr als zwei Millionen erhalten zu haben, aber diese Angelegenheit erfordere eine neue Untersuchung, in der er Alles sagen werde, was er über Panama wisse. Diese Erklärung rief große Bewegung im Saale hervor. Die Geschworenen sprachen ein Nichtschuldig aus. Acton, der schlaue Fuchs, wird wohl auch später über die Panama-Affäre nicht zu das sagen, was er für unerschütterlich hält. Einstweilen werden aber die Geschworenen zittern, denn am Ende konnte Acton doch sich das Vergnügen machen, den Einen oder Anderen zu „liefern“.

**Italien.** Mailand, 25. Februar. In den größeren Städten hat das Randbionier auch die Sozialisten ergriffen. Die Wandler Genossen nahmen in einer Plenarversammlung auf Antrag Turatis eine Resolution an, in der der Bevölkerung Griechenlands und Kanbais im Kampfe gegen die niederträchtige Koalition der Bourgeoisie der Sieg gewünscht und sie der Solidarität des italienischen Proletariats versichert wird. Man mündert sich über die Rastlosigkeit der deutschen Genossen in der Randbionierangelegenheit. — Der Verein Pro Candia für Randbio, Demokraten, Radikale, Irredentisten) beabsichtigt, am 28. Febr. einen Massenparadezug in den Straßen Mailands zu veranstalten, um Unterthürungen für die Randbionier zu sammeln; Nicola Barbato ist bereit, sie persönlich zu überbringen und sich als Akt und Soldat den Randbionier zur Verfügung zu stellen. Ohne die guten Absichten der italienischen Genossen zu verkennen, sollte man doch meinen, daß ihnen der Kampf für die eigene Haut und die eigene Erhaltung näher läge, als die Vertheidigung einer Angelegenheit, in der ihre Gesühle in keine Wagchale fallen, wenn nicht in die, die Kriegslust meck und fördert.

**Indien.** Ueber die Hungersnot in den Staaten von Mittelindien berichtet der Specialberichterstatter seitens des Reichstages Bureau: „In den verschiedenen Staaten sind die Behörden höchst eingehend gewesen und haben sich nicht getraut, das britische Gebiet, besonders nach Banda. Die Vorbeden haben selbst nicht und treiben die Beileer fort. Aus der sie von einer Station nach der anderen marschieren. Jetzt endlich beginnen die Radbais Nothbauten. Es ist aber fast zu spät. Am schlimmsten sieht es in Bundelhand aus. Von einer Bevölkerung von 700 000 erhalten 200 000 Unterernährung. Bald werden noch weitere 100 000 starben. Die Zustände in der Stadt Banda sind furchtbar. Die Arbeiter sind fast leer. Die früheren Bewohner arbeiten an den Nothbauten. In Banda herrscht eigentlich das Nothgange Jahr Noth. Dort wurden die Nothbauten schon im letzten Februar begonnen. In der Nähe sind jetzt 36 000 Eingeborene am Wegebehaftigt. Die in Bombay herrschende Pest ist die Ursache gewesen, daß lange Mangel an Werkzeugen herrschte. Im Armenhaus von Banda befinden sich 1000 Inoffizien, meistens Frauen und Kinder. Sie sehen alle endlich eint aus. Einige sind reine Skelette. Die Provinz Bundelhand ist die schlimmste in Mittelindien.“

**Odenburgischer Landtag.** Sitzung vom Freitag den 26. Februar. Es wurde zunächst über die Petition der Grundbesitzer der Kirchhofs-Bezirk in Kirchheim am Main berichtet, welche darum eingebracht sind, daß die bisher vom Staat erholene Erbschaft für die Müllverbrennung im Betrag von 30 Mk. 40 Pf. in Wegfall komme. Der Landtag erwidert hier nach Ansicht des Ministeriums ein Bescheid, daß die Petition nicht mehr zulässig. Der Landtag beschloß, dem Antrag des Ausschusses entsprechende Beschlüsse zu fassen.

die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu übermitteln. Die Forderung der Petenten, der Staat solle ihnen die seit Aufhebung der Feuerstätten-Bauordnung gewährte Erbschaft für die Müllverbrennung zurückzahlen, wurde jedoch für unzulässig erklärt.

Nachdem darauf das Verzeichnis und das Erbschaftsverzeichnis für das Kirchheim-Birfelden den Ausschuss angetragen, so wurde von der Regierung für unannehmbar bezeichnet Rückzahlung, so daß das Gesetz vom 1. Juli 1891 zu betrachten ist, wurde in die zweite Sitzung des Landtages für das Verzeichnis übergeben eingetragten.

Es sind hierzu eine Menge Abänderungsanträge gestellt, die eine Verbesserung des Entwurfs bedeuten. So wurde z. B. ein Antrag des Abg. Cramm ankommen, welcher jeder Eigentümern, wenn er für seine Section ein neues Hausgebietsstück gebräutet (Jammittel) und nach dem Verzeichnis übergeben einmengen lassen. Abg. Schröder hatte bereits betont, daß es keinen Sinn habe, als ob der Landtag bei der ersten Sitzung die Abänderung geltende Recht der freien Ausübung der Jagd auf seinem Grund und Boden irgendeine anzustellen; das läge dem Landtage schuldlos vor. Es ist jedoch eine neue Anweisung des Abg. Zuzige ankommen; beim Beschluß in der Petition des Grundbesitzer dabei es neuer Erlaubnis nach der Ausschussung eines neuen Erlaubnisbescheides, die Erlaubnis gilt als widerrufen, wenn die neue Erlaubnis nicht in der Ausschussung als ortsüblich bekannt gemacht ist.

Das ganze Gesetz wäre gelehrt, wenn die Bestimmungen über die Abänderung der Abänderung nicht angenommen wäre. Die Ausschuss hat den Antrag gestellt, den besaglichen Ausschuss der Regierungsträger abzugeben; die Ausschuss hat diesen Antrag beantragt. Der Antrag wurde nach noch längerer Debatte, in welcher betont wurde, daß es sich nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse (nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse) anlassen, in namentlicher Abstimmung angenommen.

Das ganze Gesetz wurde darauf mit den besaglichen Änderungen angenommen. Die Ausschuss hat den Antrag gestellt, den besaglichen Ausschuss der Regierungsträger abzugeben; die Ausschuss hat diesen Antrag beantragt. Der Antrag wurde nach noch längerer Debatte, in welcher betont wurde, daß es sich nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse (nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse) anlassen, in namentlicher Abstimmung angenommen.

Das ganze Gesetz wurde darauf mit den besaglichen Änderungen angenommen. Die Ausschuss hat den Antrag gestellt, den besaglichen Ausschuss der Regierungsträger abzugeben; die Ausschuss hat diesen Antrag beantragt. Der Antrag wurde nach noch längerer Debatte, in welcher betont wurde, daß es sich nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse (nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse) anlassen, in namentlicher Abstimmung angenommen.

Das ganze Gesetz wurde darauf mit den besaglichen Änderungen angenommen. Die Ausschuss hat den Antrag gestellt, den besaglichen Ausschuss der Regierungsträger abzugeben; die Ausschuss hat diesen Antrag beantragt. Der Antrag wurde nach noch längerer Debatte, in welcher betont wurde, daß es sich nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse (nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse) anlassen, in namentlicher Abstimmung angenommen.

Das ganze Gesetz wurde darauf mit den besaglichen Änderungen angenommen. Die Ausschuss hat den Antrag gestellt, den besaglichen Ausschuss der Regierungsträger abzugeben; die Ausschuss hat diesen Antrag beantragt. Der Antrag wurde nach noch längerer Debatte, in welcher betont wurde, daß es sich nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse (nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse) anlassen, in namentlicher Abstimmung angenommen.

Das ganze Gesetz wurde darauf mit den besaglichen Änderungen angenommen. Die Ausschuss hat den Antrag gestellt, den besaglichen Ausschuss der Regierungsträger abzugeben; die Ausschuss hat diesen Antrag beantragt. Der Antrag wurde nach noch längerer Debatte, in welcher betont wurde, daß es sich nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse (nicht um eine Entscheidung über die Beschlüsse) anlassen, in namentlicher Abstimmung angenommen.

**Aus Stadt und Land.** **Hant, 2. März.** Gemeinderathssitzung. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderaths wurde folgendes verhandelt und beschlossen: 1. Festhaltung der Vorschläge durch die Gemeinde- und Armenkasse pro 1897/98. Diefelben werden, wie vom Gemeindevorstande aufgestellt, mit unentschiedenen Änderungen genehmigt. Danach sind an direkten Steuern zu erhöhen für die Gemeindekasse — wie im vorigen Jahre — 120 p. Z. der Gesamtsteuer, dahingegen für die Armenkasse 10 p. Z. weniger der Gesamtsteuer. Die Jahre, also 30 p. Z. der Gesamtsteuer. Die Einnahmen der Gemeindekasse setzen sich zusammen aus 600 Mk. Rassenbehold, 100 Mk. Rückständen, 1930 Mk. Mitgliedsgebühren (Rathhauswohnungen u.), 50 Mk. Zinsen, 260 Mk. Waisenkasse, 500 Mk. Strafgeldern, 1000 Mk. sonstigen Einnahmen, 1200 Mk. Grundbesitzer

und 32 400 M. direkten Steuern, mithin Gesamtsumme 28 040 Mark. An Ausgaben sind erforderlich 6350 M. für Gehälter, 2400 M. Gehaltslohn, 150 M. Brandkosten-Abschlag, 400 M. zur Unterhaltung der Gebäude, 2882 M. zur Verpflegung der Anstalten, 3800 M. zum Unterhalt derselben, 275 M. Marktschulden, 3000 M. zur Unterhaltung der Wege u. 600 M. für die Kanalarbeiten, 200 M. zur Instandhaltung der Feuerlöschgeräte, 1500 M. für Beleuchtung, 100 M. für polizeil. Maßregeln, 13 000 M. Beitrag zur Amtshandhabung, 500 M. Familienunterstützung und 1800 M. für unvorhergesehene Fälle. Die Gesamtsumme beträgt mithin 36 957 M. Bezüglich des Titel II 1 der Ausgabe (Gehälter) wurde beschlossen, das Gehalt des Gem.-Sekretärs auf 1500 M. um 100 M. pro Jahr zu erhöhen bis zum Höchstbetrage von 1800 M., ebenfalls wurde das Gehalt des Schreibers f. um 150 M. pro anno erhöht. Der Gesamtbetrag der Anleihen der Gemeinde, incl. der jetzt beschlossenen (Kauf neben dem Rathaus), beträgt 83 545,44 M. und zwar 1. Rathhausanleihe 40 000 M., 2. do 10 000 M., für den Bau der Leidenhalle 2000 M., für das Verstrassenreal 2545,44 M., für den Erwerb des Goldbergareals x. 4000 M., zur Erbauung des Springbrunnens und Anschaffung der Feuerlöschgeräte 7000 M. und für den Kauf des Platzes oberhalb des Rathhauses 18000 M. Die Einnahmen der Armenkasse betragen aus 7300 Kaffengehalt, 100 M. Rückstände, 125 M. Zinsen, 180 M. Zuschuß aus der Landbesse, 6000 M. an zurückgezahlten Armenunterstützungen, 100 M. aus dem Nachlaß von Armen, 70 M. Gebühren, 200 M. sonstige Einnahmen und 8100 direkten Steuern. An Ausgaben sind veranschlagt: 1300 M. für Gehälter, 150 M. Gehaltslohn, 50 M. an die Brandkasse, 150 M. für Unterhaltung der Gebäude, 900 M. Zinsen, 1800 M. Ausgabengelder, 800 M. Monatsgehälter, 5300 M. für Nahrungsmittel, 1400 M. für Kleidung, 300 M. für Feuerung, 1100 M. Miethsgelder, 7000 M. für Kranpflege, 300 M. für Schulunterstützen u., 800 M. sonstige Unterhaltungen, 100 M. für rohe Materialien und 300 M. für sonst. Ausgaben. Punkt 2 betraf den Kauf des Platzes oberhalb des Rathhauses. Der Gemeinderath wiederholt seinen diesbezüglichen Beschluß vom 2. Februar d. J., da Einwendungen seitens der Gemeindeglieder nicht eingegangen, in 2. Lesung. Ebenfalls wurde in 2. Lesung der Neubau beim Armenhaus und die Aufnahme der dazu erforderlichen Anleihe von 25 000 M. beschlossen und der vorgelegte Plan mit der Bestimmung zur Ausführung genehmigt, daß etwaige Änderungen der betr. Baukommission überlassen bleiben. Nachdem die nächste Sitzung mit der Tagesordnung „Wasserfrage“ auf Mittwoch, den 3. ds. Mts., festgesetzt, wird die Versammlung geschlossen.

der 9. Stabensklasse dem Ideal der städtischen Kollegien und eines Theils der Einmohner, welches die Errichtung einer lateinischen Realschule ist, näher zu kommen. Die Regierung glaubt diese Pläne nicht zu unterstützen und gut heißen zu können, weil einmal die Verlegung des früheren Rektors Gehirg über die Frage Mittelschule oder Realschule für richtig hält, nach welcher eine Mittelschule das richtige Mittelglied zwischen Volksschule und Gymnasium nach den Wilhelmsbader Verhältnissen sei, ferner weil die Vorbedingung ihrer Zustimmung und Unternehmung zu dem Ausbau der Mittelschule oder der Verwandlung in eine Realschule die Uebernahme der Volksschule durch die Stadt sei. Dies bilde die sachliche Grundlage der getriggen Verhandlungen des Bürgervereinskollegiums. Der Magistrat hat sich bereits mit der Sache eingehend beschäftigt und mit der Regierung, wie mit dem Provinzialschulkollegium über die Lösung der Schulfrage korrespondirt, jedoch ohne ein Entgegenkommen zu erzielen. Zu dem Unterstufungsgericht des Schulvorstandes hat der Magistrat beschlossen, dem Bürgervereinskollegium zu empfehlen, für die Mittelschule das Gehalt eines Elementarlehrers, in Höhe von 1400 M. zu bewilligen, auf daß die 9. Klasse eingerichtet werden könne, die Befolgung der Baumaße für die Mädchen-Mittelschule jedoch abzulehnen. Der Herr Bürgermeister begründete diesen Magistratsantrag damit, daß durch Einrichtung der 9. Klasse, die sich sicher bewähren werde, der Regierung die Notwendigkeit der Errichtung einer lateinischen Realschule bergehen würde. Es müßte deshalb dem Schulvorstand, soweit als ergänzend entgegen genommen werden. Die Engagierung der städtischen Kollegien für den Bau einer Mädchen-Mittelschule müsse abgelehnt werden, schon aus dem Grunde, weil die Kollegien in die Schulverwaltung nichts herein zu reden hätten, also keine Kontrolle über die Verwendung der dazu notwendigen hohen Summen habe. Die Stadt gewähre heute schon, ohne eine Kontrolle dafür zu haben, der Mittelschule eine Unternehmung von 10 000 M. Die Mehrzahl der Bürgervereinskollegien erlief nicht „genügt“, den Magistratsantrag zu dem übrigen zu machen. Nach der Begründung des Bürgermeisters jedoch änderte sich die Meinung und wurde der Antrag einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, auch eine Kommission zu wählen mit der Aufgabe, eine Denkschrift auszuarbeiten, in welcher die in der Denkschrift des früheren Rektors Gehirg ausgeprochenen Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer Realschule für Wilhelmsbader niedergelegt werden sollen.

**Von der deutschen Fischdampferflotte.** Die Zahl der von der Faber lebenden Fischdampfer beträgt zur Zeit 80, von denen in Bremerhaven 37, in Geestmünde 31, in Bremen 8 und in Oldenburg 4 beheimathet sind. Von der Elbe führen im Ganzen 24 Fischdampfer, von denen 12 in Hamburg, 7 in Altona, 3 in Cuxhaven u. E. und je 1 in Cuxhaven und Wankendorf ihre Heimathäfen haben. Die Fischdampferflotte der Jade besteht vorläufig noch aus 2 Dampfern mit dem Heimathafen Wilhelmshaven. Die Gms hat nur einen Dampfer aufzuweisen, welcher in Embden beheimathet ist. Die Gesamtzahl der deutschen Fischdampfer stellt sich demnach zur Zeit auf 107.

**Clenburg, 1. März.** Aus dem Landtage. Die Entscheidung über das Schulgesetz ist heute noch nicht gefallen. Es wurde eine Kommissionskommission, bestehend aus fünf Regierungskommissaren und fünf Landtagsabgeordneten, gewählt, um eine entgeltliche Verhandlung über die Schulvorlage anzubahnen. Der Landtag wählte dazu die Abgeordneten Blagge, Feldbus, Jürgen, Groß und Langen.

**Die Eisenbahn-Verwaltung** kündigte vor Kurzem den hiesigen Buchdruckereibesitzern den im Jahre 1884 vereinbarten Tarif für Druckkosten. In dem Schreiben heißt es, daß sich die Verwaltung hierzu im Interesse der Finanzen des Staates verpflichtet sehe, da eine Umfrage über auswärtigen Konkurrenzverhältnissen ergeben habe, daß dieselben bereit sind, zu einem erheblich billigeren Preise die betreffenden Druckarbeiten herzustellen. Wie wir hören, haben die hiesigen Druckereibesitzer das Schreiben der Eisenbahn-Verwaltung gemeinsam dahin beantwortet, daß ihnen eine Herabsetzung der Druckkosten in Rücksicht auf die im Buchdruckgewerbe stattgehabte Verbilligung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung nicht möglich sei. Da in dem Firtular der Verwaltung zugleich darauf hingewiesen wurde, daß bei Nichtüberabgabe des Druckauftrags die Vergebung an auswärtige Firmen erfolgen müsse, so kann man auf die Entwicklung dieser Sache gespannt sein.

**Ein Arbeiterwohlfahrtsbau** für die Eisenbahner — das ist das Neueste, auf dem Gebiet praktischer Sozialreform, wozu die Arbeiter leitens der Eisenbahndirektion befragt werden sollen. Unsere Leser werden nun verwundert fragen, was denn das für ein Haus sein mag, für welches man einen so langen und vielerprechenden Namen ausgebittelt hat. Wenn man bedenkt, daß die Eisenbahnverwaltung ihren Arbeitern nicht gerade die besten Löhne zahlt, vielmehr selbst Berberathete mit dem herrschenden Tagelohn von 1,80 M. abspießt, während man einen solchen von 2,66 M. als „Zuschmittelslohn“ herausgerechnet hat, wenn man ferner bedenkt, daß die Gehälter der Arbeiter um Lohnherabsetzung mit den niedrigsten Segengründen abgehört sind, so muß es einen sonderbaren Reiz darbieten, wenn in der hiesigen Kapazitätenpresse verhandelt wird, daß den Arbeitern großes Heil widerfahren ist durch die Errichtung eines „Arbeiterwohlfahrtsbaus“. Doch wir wollen unseren Lesern nicht lange vorenthalten, was die Eisenbahndirektion ihren Arbeitern in gnädiger, wohlwollender Weise beabsichtigt hat mit dem — Arbeiterwohlfahrtsbau. Es ist ein „Speisehaus“, in welchem außer einem Mittagstisch auch Getränke mit Ausnahme von Spirituosen verabreicht werden; zugleich soll auch eine Leihbibliothek sein. Da haben nun aber endlich die Arbeiter der Arbeiteranstalt einen sichtbaren Beweis des Wohlwollens hoher Eisenbahnverwaltung! Hoffentlich verzieht man nicht, in goldenen Lettern den schönen Namen „Arbeiterwohlfahrtsbau“ anbringen zu lassen, um dadurch Allen sichtbar das soziale Werk zu krönen. — Uns aber will bedünken, eine endliche Lohnherabsetzung wäre mehr zur Wohlfahrt der Arbeiter gewesen.

**Vermischtes.** Das Leichentuch bei den Alten. Die alten Griechen und Römer hatten kein „Schmuckstück“ in unserem Sinne, sondern nur ein Tuch, das sogenannte „sudorium“, womit sie sich den Schweiß von der Stirne trockneten. Es wurde gewöhnlich in einer Falte der Tunika oder Iose um den Hals geschlungen getragen. Die

athenischen und römischen Stäbe brachten die Robe auf, ein solches „sudorium“ in der Hand und ein anderes im Gürtel zu tragen. Aber auch sie brauchten sie beiseite nicht, wie wir heututage unsere Taschentücher benutzen, denn dies galt als sehr unanständig, und nur Kindern und ganz alten Leute wurde es verziehen, wenn sie sich coram publico die Nase säuberten. Ein Dame, die öffentlich erkrankte wäre und das Bedürfnis verathen hätte, sich die Nase zu putzen, würde alle Achtung verloren haben. Der Umstand, daß eine Frau genöthigt war, ein Schmuckstück zu benutzen, konnte für den Gemann Scheidungsgrund sein. In Rom vergewaltigte sich ein junger Mann, der auf die Freierwahl ging, sorgfältig, ob seine Angebetete auch ihrer Nase mächtig wäre und sie seine Neigung zum Schnupfen-sieber hätte.

**Neueste Nachrichten.**

**Hamburg, 1. März.** Der Verein der Importeure ansehlicher Rohle richtete an die Kohlen-schauerleute ein Schreiben, worin mitgetheilt wird, daß vom 2. März ab nur solche Arbeiter zur Arbeit zugelassen werden, die einen Schein unterschreiben, wodurch sie sich verpflichten, mit Arbeitern, die nicht gestreift hatten, in Ruhe und Frieden arbeiten zu wollen und eine vier-zehnjährige Kündigungsfrist anerkennen. Die Kohlenarbeiter hielten gestern eine geheime Versammlung ab, deren Ergebnis unbekannt ist.

**Hannover, 1. März.** Beim Abendbluten der Garnisonstrafungslokale am vergangenen Sonnabend ist der Läufer und Arbeiter Schmidt durch eigene Unvorsichtigkeit verunglückt. Da er sich einige Minuten verspätet hatte, mußte er, obwohl seine Kollegen die Glocken schon in Bewegung gesetzt hatten und ihn warnten, unter der kleinsten schnell hinaufstiegen, um an seinen Platz zu gelangen. Die Glocke aber schlug gegen seinen Hinterrücken, machte ihn bewußtlos, so daß er in die Tiefe stürzte und sofort tot war. Der Verunglückte hinterließ eine Frau und sieben Kinder in dürftigen Verhältnissen.

**Duisburg, 1. März.** Antich wird bekannt gemacht: Die Dampfgeschiffahrt zwischen Poper-schleuse und Soll sind heute wieder aufgenommen worden.

**Harburg a. d. E., 1. März.** Wie die „Ober-schlesische Zeitung“ meldet, ist der am 18. Februar in Straßburg aufgestiegene Regiertribunal, Straßburg am Sonnabend den 27. Februar im Walde an der Straße Koblenthal-Frankenberg aufge-sunken. Die Apparate konstatirten eine Höhe von 14 000 Meter und eine Temperatur von 60 Grad Reaumur.

**Maland, 1. März.** Heute Nachmittag findet hier mit Erlaubnis der Vorkäter eine öffent-liche Versammlung zu Gunsten Kretas statt. Zahlreiche Vereine mit mehreren Musikkorps werden die Straßen der Stadt durchziehen, um Gedenken in Empfang zu nehmen.

**Konstantinopel, 1. März.** Nach türkischer Angabe sind bis gestern 75 Bataillone, fünf Kavallerieregimenter und 14 Batterien in Grenz-gebiete gegen Griechenland vereinigt. Der von den Mächten insofern ihrer Intervention in der freitlichen Frage bei der Wörte zu unternehmende offizielle Schritt zur Errichtung einer Autonomie für Kreta ist bisher nicht erfolgt.

**Athen, 1. März.** Dem Vernehmen nach haben sämtliche Vertreter der Mächte Be-sprechungen erhalten, die sich auf die griechischen Regierung zu überreichende Note beziehen. Der französische Gesandte soll mit deren Abfassung beauftragt sein. Der genaue Inhalt der Note, deren Ueberreichung bald erfolgen soll, ist hier nicht bekannt.

**London, 1. März.** Reuters Bureau meldet aus Yokohama: Die Regierung beschloß die Einführung der Goldmünze im Verhältniß von 32 1/2 zu 1. Die Silbermünzen sollen allmählig eingezogen und Goldstücke im Mindestbetrage von 5 Pfen. geprägt werden. Die Einbringung der Vorlage ist für den Monat Oktober beabsichtigt.

**Ven, 1. März.** Die „Agenzia Stefani“ meldet: Weitere 900 freigelassene italienische Gefangene sind in Parra eingetroffen. Ihre Ankunft in Zeila dürfte gegen den 12. März erfolgen.

**Wilhelmsbader, 2. März.** Bürgervereinskollegium. In der gestrigen Sitzung des Bürgervereinskollegiums stand die Schulfrage auf der Tagesordnung. Dieselbe ist wieder einmal aufgeworfen, indem der Schulvorstand der Mittelschule eine 9. Klasse anhängen und ein Mädchen-Mittelschulgebäude aufzuführen will. Zur Errichtung der 9. Klasse wurde die Anstellung eines akademischen Lehrers notwendig sein, weil in dieser Klasse die Vorbereitung der Schüler zum Einjährig-Freiwilligen Examen betrieben werden soll. Die Erbauung der Mädchen-Mittelschule würde einen Kostenaufwand von ca. 60 000 M. erfordern. Zu beiden geplanten Einrichtungen soll die Stadt Unternehmungen gewähren. Für die erlangten eine Bewilligung in Höhe des Vorgehaltes, für die letztere durch Beschaffung der Baumaße. Der Schulvorstand glaubt durch die Einrichtung

**Verpachtung oder Verkauf.**  
Umzugs halber beabsichtige ich mein zu Wohn belegen  
**Wohnhaus**  
mit schönem Garten  
im ganzen oder getheilt zum 1. Mai ds. J. zu vermieten.  
In dem zu 3 Familienwohnungen eingerichteten Hause wird seit 20 Jahren ein Kolonial- und Porzellan-waarengeschäft mit gutem Erfolge betrieben.  
Eventuell bin ich auch nicht abgeneigt, die Besetzung unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.  
**Meenz,**  
Gemeindevorsteher.  
Gutes Logis f. 1 oder 2 j. Leute  
Neubremen, Berl. Verstr. 1, 1. Et. f.

**Zu vermieten**  
eine freundliche vierzimm. Etagen-wohnung mit abgeschl. Korridor  
zum 1. Mai. Preis 240 M.  
**J. Müller,** Klempner, Bant,  
Neue Wilhelmsh. Str. 49.

**Zu vermieten**  
auf sofort eine  
**Schlachterei**  
mit oder ohne Wohnung.  
**Th. Schmidt.**  
Gutes Logis für 2 j. Leute  
Neue Wilhelmsh. Straße 21, u. r.  
Gute blattrh. Speisefartoffeln  
empfiehlt  
**H. Häge,**  
Marktstraße 28, im Keller.

**H. F. Ludewigs Seifenpulver**  
**Schutzmarke: „Vollschiff“**  
ist das anerkannt beste und daher im Gebrauch das billigste und be-quemste Seife- und Reinigungs-mittel.  
Käuflich in **H. F. Ludewigs Seifenpulver** in den meisten Kolonialwaaren- und Drogeriehandlungen à 1/2 Pfund-Paket 15 Pf.  
Man achte beim Ankauf aber stets auf die Schutzmarke „Vollschiff“.

**Kinderwagen**  
fast neu, wegen Mangel an Platz billig zu verkaufen. Tomteich 46, 2. Et.

**Bruteier**  
(echte Italiener, reißunfarbige), per Stück 10 Pf., hat abzugeben  
**G. Käthe,** Deppenfer Batterie 8.

**Zu vermieten**  
zum 1. Juni eine vierzimmige Wohnung mit allem Zubehör Neue Wilhelmshafen, Straße 50. Preis 195 M. Carl Fred.

**Zu vermieten**  
zum 1. Mai eine zwei- und eine drei-zimmige Wohnung.  
**Ed. Jansen,** Grenzstr. 10.

**Achtung!**  
Donnerstag den 4. März  
Abends 8 1/2 Uhr  
**Sitzung der Kartell-Kommission**  
in der „Ache“.  
Der Vorstand.

**Laken-Leinen**  
doppeltbreit  
Meter 70 Pfg.  
**Georg Aden.**

